

Das BMAS hat vorläufige Hinweise zur Berücksichtigung des o.g. Urteils an BA, Länder und Kommunale Spitzenverbände weitergegeben:

- I. Es werden maßgebliche Entscheidungssätze des Urteils vorgestellt.
- II. Das Ministerium legt dar, wie mit aktuellen Sanktionstatbeständen umgegangen werden soll. Sanktionsverfahren (nach §§ 31-31 b SGB II) sollen weiterhin eingeleitet werden bzw. laufende Verfahren fortgeführt werden, ohne dass aber schon entschieden werden soll. Das betrifft auch Sanktionen für U 25. Es wird angekündigt, dass es in den nächsten Wochen noch weitere Hinweise zur Rechtslage geben wird. Keine Änderung ergibt sich also für Sanktionen bei Meldeversäumnissen (§ 32 SGB II).
- III. Das BMAS gibt die Regelungen bekannt, was mit Sanktionsbescheiden passieren soll, die vor dem Urteil erlassen wurden.

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. November 2019 – 1 BvL 7/16 – ergehen folgende vorläufige Hinweise:

I.

Das BVerfG hat entschieden, dass Mitwirkungspflichten und deren Durchsetzung mithilfe von Leistungsminderungen im Grundsatz verfassungskonform sind. Die in §§ 31 bis 31b SGB II verankerten Sanktionsregelungen sind jedoch teilweise unverhältnismäßig und bedürfen einer Neuregelung durch den Gesetzgeber. Sanktionen wegen Verstößen gegen Meldepflichten sind nicht erfasst. Bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung hat das BVerfG eine verbindliche folgende Übergangsregelung für die Sanktionierung von Mitwirkungsverstößen nach § 31 Abs. 1 SGB II angeordnet:

- a) Eine Leistungsminderung muss nicht erfolgen, wenn dies im konkreten Einzelfall zu einer außergewöhnlichen Härte führen würde. Insbesondere kann von einer Minderung abgesehen werden, wenn diese den Zielen des SGB II (z.B. Verringerung der Hilfebedürftigkeit, Integration in Arbeit) widerspräche.
- b) Eine Minderung wegen wiederholter Pflichtverletzungen (§ 31a Abs. 1 S. 2 und 3 SGB II) darf nicht über 30 % des maßgebenden Regelbedarfs hinausgehen.
- c) Leistungsminderungen können zurückgenommen werden, wenn sich die Berechtigten nachträglich ernsthaft und nachhaltig bereit erklären, ihren Pflichten nachzukommen oder die Mitwirkungspflicht erfüllt wird. Die Minderung darf ab diesem Zeitpunkt nicht länger als einen Monat andauern.

Das Gericht hat ausdrücklich über die Verletzung von Mitwirkungspflichten der über-25-Jährigen entschieden. Inwiefern die vom Gericht aufgestellten Grundsätze für die Gruppe der unter-25-Jährigen, Anwendung finden wird geprüft.

II.

Verfahren nach den §§ 31 bis 31b SGB II sind weiterhin einzuleiten oder fortzuführen. Entscheidungen über Sanktionsbescheide nach §§ 31 bis 31b SGB II sind vorerst zurückzustellen. In den nächsten Wochen werden weitere Hinweise zur Rechtslage ergehen. Dies betrifft auch Leistungsminderungen nach § 31a Abs. 2 SGB II (Personen unter 25 Jahren), für die eine entsprechende Anwendung der Übergangsregelung geprüft wird.

III.

Für die bis zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung (5. November 2019) ergangenen Bescheide gelten nach dem Urteil die folgenden Vorgaben:

- a) Soweit Bescheide über Leistungsminderungen nach § 31a Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB II über eine Minderung in Höhe von 30 % des maßgebenden Regelbedarfs hinausgehen, sind diese in den Fällen nach § 31 Abs. 1 SGB II mit Wirkung für die Zeit nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zurückzunehmen (§ 40 Abs. 3 SGB II).
- b) Nicht bestandskräftige Bescheide über Leistungsminderungen nach § 31a Abs. 1 Satz 1 SGB II in Höhe von 30 %, die vor der Urteilsverkündung (5. November 2019) festgestellt worden sind, bleiben wirksam.
- c) Zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung (5. November 2019) nicht bestandskräftige Bescheide über Leistungsminderungen nach § 31a Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB II, sind, soweit sie über eine Minderung in Höhe von 30 % des maßgebenden Regelbedarfs hinausgehen, in den Fällen nach § 31 Abs. 1 SGB II aufzuheben.